



FRAKTION B' 90/DIE GRÜNEN, RATHAUSPLATZ 2, 90403 NÜRNBERG

An den Oberbürgermeister der Stadt Nürnberg
Dr. Ulrich Maly
Rathaus

90403 Nürnberg

**BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Stadtratsfraktion Nürnberg**Rathausplatz 2
90403 NürnbergTel: (0911) 231-5091
Fax: (0911) 231-2930
gruene@stadt.nuernberg.deBus: Linie 36, 46, 47 (Rathaus)
U-Bahn: Linie 1 (Lorenzkirche)

Nürnberg, 12.10.2018

POA am 16.10.18

OBERBÜRGERMEISTER	
12. OKT. 2018	
I/III	1 Z.M. Kb.
	2 X Z.V.V.

Handwritten signature: *Maly*

*Stax***Antrag für den Personal- und Organisationsausschuss 16.10.2018****TOP 1: Pflegeberatung im Pflegestützpunkt**

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

wir beantragen die Schaffung einer 0,5 VK-Stelle Pflegeberatung im Pflegestützpunkt, wie sie unter Nummer 119 im Stellenplan ausgewiesen ist.

Begründung:

Aufgrund stetiger Zunahme der Beratungsnachfrage sowie steigender Bedarfe im Bereich Care Management reicht das bisher von der Stadt Nürnberg in den Pflegestützpunkt eingebrachte Kontingent von 60 Wochenstunden nicht mehr aus, um den Bedarf abzudecken.

Zur Sicherstellung der vereinbarten Stunden müssen daher externe Beratungsdienstleistungen durch den Medizinischen Dienst der Krankenversicherung zugekauft werden. In der Abwägung "make or buy" wird (unter Berücksichtigung eines erweiterten Aufgabenportfolios mit Care Management und Wohnungsanpassungsberatung) die Schaffung einer Stelle im Umfang von 0,5 VK vorgeschlagen.

Die Ablehnung wird u.a. damit begründet, dass 2016 eine Aufstockung mit zusätzlicher Kapazität (Wohnungsanpassungsberatung, Beschwerdemanagement) im Rahmen der Umstrukturierung des Seniorenamtes stattfand. Weiter wird ausgeführt, dass Lösungen wie die verstärkte Einbeziehung ehrenamtlicher Beratung oder ein Kostenbeitrag weiterer Krankenkassen angegangen werden.

Ehrenamt ist in Nürnberg sehr gut vertreten. Bürgerinnen und Bürger engagieren sich gerne für die Stadt und die Stadtgesellschaft. Trotzdem muss klar sein, dass wir bei öffentlichen Aufgaben nicht immer den Blick auf das Ehrenamt lenken können, das höchstens ein Add-on sein kann.

Bis eine entsprechende Vereinbarung über den Kostenbeitrag weiterer Krankenkassen getroffen werden kann, halten wir die Stelle, auch befristet für zwei Jahre, für notwendig.

Mit freundlichen Grüßen



Elke Leo
Stadträtin